



**Protokoll der 36. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 5. Oktober 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Samuel Kienast

Namensaufruf: 31 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott, Gemeinderat Elio Bohner, Gemeinderat Ralf Frei, Gemeinderätin Karin Gubler, Gemeinderat Nathanael Hug, Gemeinderätin Salome Scheiben, Gemeinderätin Annina Villiger Wirth, Gemeinderat Roland Wetli, Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 189 Mitteilungen
- 190 Antrag von Gemeinderat Kurt F. Sieber auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) «Stadtangestellte»
Beratung, Beschlussfassung
- 191 Botschaft Nr. 40 «Überführung von Liegenschaften im Landkreditkonto in das Verwaltungsvermögen und das ordentliche Finanzvermögen der Stadt Frauenfeld»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur heutigen Sitzung. Da es in der heutigen Sitzung unter anderem um das respektvolle Miteinander innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch unter uns Politikern geht, stelle ich an den Anfang dieser Sitzung einen Bibelvers, der auch in anderen religiösen und weisheitlichen Traditionen zu finden ist. Es ist die sogenannte Goldene Regel des Miteinanders, wie sie unter anderem im Lukasevangelium im 6. Kapitel überliefert ist. «Behandelt andere so, wie ihr von ihnen behandelt werden möchtet.» Jesus ergänzt dann noch: «An dem hängt das ganze Gesetz und die Propheten.» – Was nicht weniger heisst als, wenn alle sich an diesen Grundsatz halten würden, wäre unsere Welt eine bessere Welt. Ein Grundsatz, der auch uns Politikern gut ansteht, wenn wir uns danach ausrichten.

Und damit wir vor der Sitzung noch etwas zu lachen haben, ein Witz, der entfernt auch damit zu tun hat, dass man Unterschiede unterschiedlich betrachten und locker damit umgehen kann. Es geht um den Papst. Der Papst hat aus verschiedenen Gründen eine sehr stressige Zeit hinter sich. Darum schlägt ihm seine Kurie vor, er könnte doch einmal die Sauna besuchen. Der Papst lässt sich gern darauf ein und geht mit all seinen Beratern in die Sauna, und es gefällt ihm in der Sauna so gut, dass er danach ganz begeistert sagt: «Da muss ich wieder hin. Gehen wir gleich morgen wieder in die Sauna?» Da schaut ihn der Kardinal etwas verlegen an und sagt: «Das geht nicht gut, morgen ist gemischte Sauna.» Da antwortet der Papst: «Ach, das stört mich nicht, die paar Evangelischen stören mich gar nicht.»

In dem Sinn wünsche ich uns eine konstruktive und respektvolle Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 31 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements knapp beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16.

Gemeinderat Heinrich Christ möchte eine Fraktionserklärung abgeben. Ich erteile ihm das Wort.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Besten Dank für die Spontanität. Das Ausmass der Absenzen in meiner Fraktion wurde mir erst jetzt richtig bewusst. Es ist mir eigentlich ziemlich peinlich und ich möchte mich dafür entschuldigen, wir werden das intern diskutieren. Natürlich ist das alles im Einzelnen gut begründbar, teilweise sehr erfreuliche, teilweise weniger erfreuliche familiäre Gründe. Was ich aber festhalten möchte und weshalb ich das Wort ergriffen habe, ist, dass die Absenzen heute keinen Zusammenhang mit der Traktandenliste haben. Das ist mir wichtig. Besonders das Thema mit der PUK und dem Personal der Stadt Frauenfeld liegt uns sehr am Herzen. Besten Dank für die Kenntnissnahme.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Nathanael Hug ist eine Ersatzwahl fürs Büro für die heutige Sitzung notwendig.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Als Ersatz für Nathanael Hug im Büro schlagen wir Ihnen Ruth Krähenmann vor.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir werden die Wahl offen durchführen. Sind alle damit einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

Abstimmung

Gemeinderätin Ruth Krähenmann wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung als Mitglied des Büros gewählt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Eine Bemerkung zur Traktandenliste: Irrtümlicherweise ist die Protokollgenehmigung der Sitzung vom 24. August 2022 nochmals aufgeführt. Diese Protokollgenehmigung erfolgte aber bekanntlich bereits an der letzten Sitzung und wir müssen es nicht zweimal genehmigen, daher schlage ich vor, dass wir das Traktandum streichen. Die Protokollgenehmigung der letzten Sitzung erfolgt zusammen mit der Protokollgenehmigung der heutigen Sitzung an der Gemeinderatssitzung im November. Das Traktandum 2 entfällt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese stillschweigend als genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

189

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):**

1. An Ihren Plätzen liegt das lachsfarbene Papier der GPK Finanzen und Administration zur Botschaft Nr. 40 auf.
2. Im Anschluss an die heutige Sitzung gibt es eine Information aus dem Departements Bau und Verkehr unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit.

190

ANTRAG VON GEMEINDERAT KURT F. SIEBER AUF EINSETZUNG EINER PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION (PUK) «STADTANGESTELLTE»

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Der Antrag von Gemeinderat Kurt F. Sieber auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wurde am 8. Juli in den Dossierbrowser geladen, die Stellungnahme des Stadtrats zum Antrag wurde am 5. September 2022 in den Dossierbrowser geladen. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: In der heutigen Sitzung wird nur über die Einsetzung einer PUK beraten und beschlossen. Im Fall einer Annahme entscheidet das Büro über das weitere Vorgehen. Der Untersuchungsauftrag gemäss dem Antrag, das Budget und die Art der Berichterstattung würde in einer späteren Sitzung des Gemeinderats festgelegt und beschlossen. Bei der Beratung erhält der Antragsteller als erster das Wort, danach folgen wie üblich die Voten der Fraktionen, Voten aus dem Rat und vom Stadtrat, danach kommen wir zur Beschlussfassung. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Bevor wir mit der Diskussion starten, ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir uns mit dieser Debatte auf einem heiklen Terrain bezüglich Verletzung von Persönlichkeitsrechten begeben. Ich bitte darum, auf Aussagen zu verzichten, welche direkt oder via Rückschluss die Persönlichkeitsrechte von aktuellen oder ehemaligen Angestellten der Stadt verletzen könnten.

BERATUNG

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im eigenen Namen: Meine Begründung für den Antrag auf Einsetzung einer PUK «Stadtangestellte» kann ich hoffentlich möglichst kurz machen. Dennoch sind einige Aspekte anzusprechen.

Wenn der Datenschutz verhindert, dass ich die Meldungen an die Mitglieder des Gemeinderats nicht offenlegen darf, gibt es in jeder Fraktion mindestens eine Person, die das Gros der Meldungen lesen konnte und bei der Besprechung dabei war, obwohl diese immer als vertraulich klassifiziert wurden. Somit bin ich auf das Vertrauen angewiesen. Bisher wurde nur ganz wenigen Meldungen konkret nachgegangen und die normalen Gremien sind nicht in der Lage, konkrete Unterlagen einzufordern, die die Meldungen widerlegen oder bestätigen, sondern sind auf Goodwill angewiesen, der eben nicht erkennbar ist.

Ich stufe es als sehr erstaunlich und aussergewöhnlich ein, dass 29 Personen, davon eine Person anonym, mit mehreren Meldungen sich bei einem Gemeinderat melden. Bei dieser Anzahl kann man nicht davon ausgehen, dass es nur frustrierte Personen sind. Alle Meldungen sind dem Stadtrat über den Stadtpräsidenten bekannt. Jedoch haben weder der Stadtpräsident, ausser im Zusammenhang mit der Einfachen Anfrage und der persönlichen Erklärung, noch Stadträtinnen oder Stadträte je das Gespräch mit mir persönlich gesucht. Es ist ein grosser Unterschied zwischen Sitzungsgesprächen und persönlichen Gesprächen. Das zeigt aus meiner Sicht die Prioritäten recht deutlich auf. Es zeigt auch, dass das Vertrauensverhältnis vermutlich nicht mehr sehr ausgeprägt ist. Ich zitiere eine Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters, als er vom Stadtpräsidenten gefragt wurde: «Wieso haben Sie sich nicht bei mir gemeldet, sondern bei einem Mitglied des Gemeinderats?» «Weil ich Ihnen nicht vertraue.» Aus meiner Sicht liegen die Lösungsschwerpunkte nicht beim Stadtpersonal. Die Behandlungen in den Geschäftsprüfungskommissionen haben ja auch keine befriedigenden Ergebnisse gebracht. Zudem nehmen Kündigungen zu. Nicht nur die Kündigungen auf hohen Posten wie Personalchefin oder Personalchef zweimal innerhalb eines Jahres, Stadtingenieur, Stadtbaumeister und der Feuerwehrkommandant etc., auch haben viele Angestellte gekündigt. Zudem haben in letzter Zeit mindestens zwei Mitarbeiter an der eigenen Verabschiedungsfeier nicht teilgenommen. Das spricht definitiv für sich.

Da sich das Personalamt in der Hand unseres Stadtpräsidenten befindet, ist diese Angelegenheit auch Chefsache. Jedoch habe ich das Gefühl und frage mich, ob unser Stadtpräsident als Kantonsrat, Fraktionspräsident, Präsident Regio Frauenfeld und Präsident des Schweizerischen Städteverbands SSV etc. noch genügend Zeit für sein Vollamt als Stadtpräsident in Frauenfeld hat. Das ist aus meiner Sicht eine nicht gerade ideale Prioritätensetzung. Die Steilvorlage aus dem juristischen Kurzgutachten zur Einsetzung einer PUK «Stadtangestellte», eine administrative Untersuchung in die Wege zu leiten, wurde vom Stadtrat nicht genutzt. Die Stellungnahme des Stadtrats ist wieder einmal ein Papier, das alles schönredet. Und es wird immer mehr ersichtlich, dass die Sorgen und Nöte der Stadtangestellten und der Bevölkerung nicht ernstgenommen werden. Es wird auch von unseren nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten viel Zeit für Ämter und Aufgaben, die nicht direkt die Stadt Frauenfeld betreffen, aufgewendet. Bleibt da noch genügend Zeit für das Amt in Frauenfeld? Es wird jedoch immer behauptet, das Personal steht im Zentrum. Also steht es einfach im Weg. Deshalb bin ich absolut überzeugt, dass nur eine PUK «Stadtangestellte» allen Meldungen korrekt und konkret nachgehen und die notwendigen Unterlagen einfordern kann, damit diese Meldungen bestätigt oder widerlegt werden können. Es sind zudem Empfehlungen zur künftigen Verhinderung solcher Umstände zu formulieren. Die 28 Seiten Meldungen und die 17 Seiten Meldungen, die als streng vertraulich klassifiziert sind, stelle ich selbstverständlich einer allfälligen PUK gern zur Verfügung. Diese Unterlagen durfte ich ja aus Datenschutzgründen den Mitgliedern des Gemeinderats nicht offenlegen. Es sind mehrere Meldungen, die gleiche Sachverhalte schildern, und ich bin absolut überzeugt, dass diese Meldungen keine Erfindungen sind, sondern sehr nahe an die Wahrheit herankommen.

Wenn Empathie und Herz fehlen, kann sich die Seele nicht wohl fühlen und der menschliche Akku nicht aufgeladen werden. Ich ersuche euch von ganzem Herzen, meinen Antrag zu unterstützen, damit das Augenmerk jetzt wirklich wieder auf die Angestellten gerichtet wird.

Gemeinderätin Klaudia Peyer, (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Der Antrag wurde in unserer Fraktion ausgiebig diskutiert. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass

gewisse Informationen aus Personen- und Datenschutzgründen nicht mit allen Mitgliedern des Gemeinderats geteilt werden können. Jedoch führte der unterschiedliche Wissens- und Informationsstand zwischen GPK- und Nicht-GPK-Mitgliedern dazu, dass einige Fragen nicht fundiert diskutiert bzw. nicht vollständig geklärt werden konnten. Wir haben uns als Fraktion bei der Entscheidung daher vor allem auf die Einschätzung unserer GPK-Mitglieder gestützt.

Unklar ist für uns auch das Mengengerüst. In seinem Antrag spricht Gemeinderat Kurt F. Sieber von 29 Meldungen, wohingegen in der Antwort des Stadtrats nur 7 Meldungen als offiziell eingegangen gelistet sind. Aus den Unterlagen, welche dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt wurden, geht hervor, dass einige Beanstandungen in der Behandlung in der GPK und in den Abstimmungen zwischen Stadtrat, Meinungs- und Beschwerdeführern entkräftet wurden. Andere Kritikpunkte wurden aufgenommen und bearbeitet. Des Weiteren hat der Stadtrat bereits Massnahmen im Bereich Führungsarbeit der Mitarbeitendenberatung und der Kommunikation ergriffen. In der Antwort des Stadtrats werden auch die Möglichkeiten aufgeführt, welche Mitarbeitende bereits heute haben, ihre Anliegen einzubringen. Ob dies aktuell so gut funktioniert, gilt es weiter zu beobachten.

Das Wohlergehen des Stadtpersonals ist uns wie auch dem Stadtrat sehr wichtig. Wir nehmen die Beschwerden ernst und hören zu. Gemeinderat Sieber hat einen unermüdlichen Willen gezeigt, der Sache auf den Grund zu gehen und an dieser Stelle möchten wir unsere Wertschätzung für sein Engagement aussprechen. Aufgrund der erhaltenen Informationen und der Einschätzung unserer GPK-Mitglieder erachten wir die parlamentarische Untersuchungskommission jedoch als nicht verhältnismässig, ein falsches, zu scharfes Instrument, was zu nicht angebrachtem Misstrauen und zu Überforderung sowie Ressourcenverschwendung führen würde. Dazu noch mit sehr fraglichem Resultat. Trotzdem sehen wir ganz klar Handlungsbedarf und erwarten auch, dass sich die betroffenen Stadträte sowie der Stadtrat als Ganzes auch bei einer Ablehnung der PUK weiterhin mit dem Thema auseinandersetzen. Auch unter Berücksichtigung der bisherigen Bemühungen des Stadtrats sind für uns noch viele Fragen offen, daher prüfen wir zurzeit, gemeinsam mit anderen Fraktionen einen Vorstoss einzureichen. Den Antrag von Gemeinderat Sieber werden wir somit mehrheitlich ablehnen und ein Teil der Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Vertrauen und Respekt sind Grundpfeiler guter Arbeit. Den Mitarbeitenden müssen Vertrauen und Respekt entgegengebracht werden, damit sie gute Arbeit leisten können. Ebenso ist es wichtig, dass auch die Mitarbeitenden Vertrauen haben in ihre Vorgesetzten und sich ernst genommen und verstanden fühlen. Man kann in diesem Zusammenhang auch von Loyalität nach unten wie nach oben sprechen. Scheinbar war dies nicht bei allen Mitarbeitenden der Stadt in den letzten Jahren immer der Fall, was wir als äusserst bedauerlich erachten. Nun zum Antrag, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen:

Die SVP/EDU-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass das Einsetzen dieser PUK der falsche Weg ist, die Missstände aufzudecken, ohne den Effort des Initianten dabei missbilligen zu wollen. Es ist schwierig, dem Antrag zu entnehmen, was die PUK in dieser Angelegenheit untersuchen soll. Weder werden konkrete Verfehlungen ersichtlich, noch bestehen Anschuldigungen gegen ein spezifisches Departement. Des Weiteren sind aus unserer Sicht die gestellten Anträge weder überprüfbar, noch ist nachzuvollziehen, woher die Frist von 3 Jahren kommt. Auch das Rechtsgutachten vom 24. Juni 2022 der Firma Adjurix legt dies dar. Eine Beurteilung des Antrags auf Einsetzung einer PUK ist ohne Kenntnis der konkreten Beanstandungen und Verfehlungen, die vorliegend nicht bzw. zumindest der Mehrheit des Rats nicht bekannt sind, nicht möglich. Die GPKs, die sich teilweise mit den Beanstandungen befasst haben, haben weitergehende Untersuchungen offenbar nicht als notwendig erachtet. Darauf muss der Rat mangels anderweitiger Hinweise grundsätzlich vertrauen dürfen. Bei der aktuellen Faktenlage lassen sich systematische Missstände oder eine konkrete Häufung von Verfehlungen, welche die Einsetzung einer PUK allenfalls zu rechtfertigen vermögen, jedenfalls nicht erkennen. Auch liesse sich so ein kon-

kreter Untersuchungsgegenstand überhaupt nicht bestimmen. Die Stadt hat bereits einige Massnahmen eingeleitet, um allfällige Missstände aufzudecken und die Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern. Ich verweise hier auf die Programme Movis oder Joineer. Wir stehen hinter den Mitarbeitenden der Stadt und wünschen uns für die Zukunft, dass sie sich respektiert fühlen, gute Arbeitsbedingungen sowie ein gutes Arbeitsklima herrschen und sie gern für die Stadt Frauenfeld arbeiten. Die Mitglieder der Fraktion SVP/EDU werden den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission mehrheitlich ablehnen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Zuerst wollen wir uns bei Gemeinderat Kurt F. Sieber bedanken, dass er die Anliegen der Mitarbeitenden der Stadt aufnimmt und diesen Gehör verschafft hat und verschafft. Das ist wichtig und nötig. Vor allem, wenn er von Seiten Mitarbeitenden das Gefühl besteht, dass die herkömmlich verfügbaren Kanäle nicht genutzt werden können oder keine Unterstützung bieten. Das ist ein Warnsignal und ich finde es gut, dass dieses aufgegriffen wurde.

Die sich nun über zwei Jahre hinziehende Chronologie des Themas Personal hat der Stadtrat in seiner Stellungnahme vom 30. August 2022 ausgeführt, darunter auch die ausführlichen Diskussionen in fünf Sitzungen der GPK Finanzen und Administration. Heute gilt es daher abzuwägen, ob aufgrund der heute bekannten Tatsachen eine parlamentarische Untersuchungskommission nötig ist. Sich ernsthaft dazu Gedanken zu machen, ist sehr wichtig und unsere Aufgabe, wenn ein Gemeinderatskollege dies beantragt. Wir haben dies in der Fraktion besprochen und sind einstimmig zum Schluss gekommen, dass vorliegend die Einsetzung einer PUK nicht verhältnismässig und aus unserer Sicht nicht nötig ist. Sie ist daher nicht die geeignete Massnahme. Wir werden den Antrag von Kurt F. Sieber zur Einsetzung einer PUK Stadtangestellte deshalb nicht unterstützen. Es ist aber schon noch wichtig weshalb, das werde ich gern kurz erläutern. Folgende Hauptpunkte:

Wir sehen keine Indizien für systematische und strukturelle Mängel in der Führung der Stadt oder in einzelnen Departementen. Klar, es kann Führungspersonen geben, die vielleicht nur bedingt für ihre Position geeignet sind. Dies kommt in jeder Organisation vor und es sollte und muss intern angegangen werden. Aber es sind eben keine systematischen Mängel. Wir sehen auch keine Anzeichen für eine Untätigkeit von Seiten des Stadtrats. Der Stadtpräsident hat mehrfach das Gespräch mit Kurt F. Sieber gesucht und er hat sich mit einem betreffenden Mitarbeiter persönlich unterhalten und er hat in der GPK Finanzen und Administration alle Fragen – soweit es ging – beantwortet und konkrete Massnahmen vorgelegt. Wir haben den Eindruck, dass der Stadtrat das Thema Personal ernstnimmt, dass ihm das Personal der Stadt auch am Herzen liegt und dass er aktiv versucht, Missstände zu verbessern bzw. zu beseitigen. In diesem Kontext jedoch gern die Nachfrage unsererseits, wie viele Fälle von Seiten Movis es bis heute konkret hatte und ob es dort Themenfelder gibt, die herausstechen. Allenfalls kann sich der Stadtpräsident dazu noch äussern. Weiterhin haben wir auch keine Kenntnis von beispielsweise extrem störenden Einzelfällen, die nicht angegangen werden. D. h., wir haben weder in der Masse noch im Einzelfall Anzeichen, dass der Stadtrat untätig wäre. Uns sind des Weiteren auch keine arbeitsrechtlichen oder gar strafrechtlichen Umstände bekannt bzw. haben wir keine Hinweise erhalten, dass dies der Fall wäre, dass wir eine Untersuchungskommission einrichten müssten. Auch nach dem Bekanntwerden der PUK kamen, soweit wir wissen, keine weiteren Meldungen oder ernsthaften konkreten Anschuldigungen zutage. Das wäre ja eigentlich ein guter Auslöser. In der Summe sehen wir also wie erwähnt keine bzw. zu wenige Indizien, die die Einsetzung einer PUK rechtfertigen würden.

In einer Organisation einer gewissen Grösse kann und wird es immer unzufriedene Mitarbeitende geben. Umgekehrt ist auch davon auszugehen, dass es an verschiedenen Orten Führungsdefizite gibt und dass diese wohl auch in der Stadt Frauenfeld bestehen. Wie gesagt, wir gehen aber nicht von systematischen Missständen aus. Führungsdefizite hingegen sind Aufgabe der nächsthöheren Führungsebene. Dies gilt für den Stadtrat und vor allem auch für den Stadtpräsidenten. Das muss aktiv angegangen werden. Es ist deren Verantwortung, gemeinsam mit den

Führungspersonen und ihren Mitarbeitenden an einer Kultur zu arbeiten, die das adressiert und die Frauenfeld als Gesamtes voranbringen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ist das schwerste Kontrollinstrument, das uns als Parlament zur Verfügung steht. Die Voraussetzungen zur Einsetzung einer PUK sind definiert. Zu diesem Zweihänder dürfen wir nur greifen, wenn spezielle Vorkommnisse von grosser Tragweite vorliegen und die Massnahme im öffentlichen Interesse liegt und verhältnismässig ist. Der Kompass zur Beurteilung des Antrags Sieber ist durch die Gemeindeordnung und das Geschäftsreglement des Gemeinderates sowie durch die Bundesverfassung klar vorgegeben. Wir müssen folgende Fragen beantworten:

Liegen spezielle Vorkommnisse von grosser Tragweite vor? Wenn nein, dann ist der Antrag abzuweisen. Wenn ja, dann ist zu prüfen, ob die Einsetzung einer PUK im öffentlichen Interesse läge und verhältnismässig wäre.

Es liegen keine speziellen Vorkommnisse von grosser Tragweite vor. Ich führe hierzu wie folgt aus: Setzen wir einmal die im Antrag genannte Anzahl unzufriedene Personen in den Kontext: In der Schweiz lag die Quote der Mitarbeiterunzufriedenheit über die letzten acht Jahre irgendwo zwischen 4 - 6 %. Aus den uns zur Verfügung stehenden Akten ist nicht klar ersichtlich, um wie viele unzufriedene Personen es effektiv geht, noch um was für Personen es sich dabei handelt. Sind es aktuell aktive Angestellte oder sind es ehemalige? Runden wir die vom Antragsteller genannte Zahl zur Vereinfachung der Rechnung auf 30 Personen auf (Anmerkung: In der Stellungnahme des Stadtrats ist die Rede von 7 bekannten Fällen) und setzen wir voraus, dass alle bei der Stadt angestellt sind oder waren, dann gibt das gerechnet auf die Gesamtzahl der in der Stadt angestellten 700 Mitarbeitern eine Unzufriedenheitsquote von 4.2 %. Ganz nüchtern und objektiv betrachtet: Ein spezielles Vorkommnis von grosser Tragweite ist diese Sockelunzufriedenheit nicht. Dies bedeutet nicht, dass wir die hinter diesen Zahlen stehenden Einzelschicksale nicht anerkennen. Es ist aber nicht Zweck einer PUK, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen. Die Stadt hat diese Meldungen dennoch nicht auf die leichte Schulter genommen. Im Gegenteil: Sie hat auf allen Ebenen (Verwaltung, Legislative und Exekutive) reagiert und Verbesserungsmassnahmen eingeleitet und umgesetzt. In seiner Stellungnahme führt der Stadtrat aus, was konkret verwaltungsintern eingeführt und umgesetzt wurde, um die Prozesse, Strukturen und Instrumente in den Bereichen Personal, Führung und Kommunikation zu stärken und zu verbessern.

Auch die Legislative hat auf die Hinweise reagiert. In mehreren Sitzungen haben die GPKs die Meldungen vertieft behandelt. Zudem haben sie beschlossen, Ämterbesuche in erhöhter Kadenz und entlang eines formalisierten Ablaufs durchzuführen.

Die Fraktion FDP kann im Vorliegenden keine speziellen Vorkommnisse von grosser Tragweite erkennen. Selbst wenn man das Monierte als spezielle Vorkommnisse von grosser Tragweite qualifizieren würde, wäre eine PUK abzulehnen, da sie weder den Anforderungen des öffentlichen Interesses noch der Verhältnismässigkeit genügen würde. Die Abklärungen zu den im Antrag gestellten Forderungen 1 - 7 hätten - wenn schon -, im Rahmen einer Administrativuntersuchung oder auf dem Rechtsweg zu erfolgen. Die Fraktion FDP wird den Antrag einstimmig ablehnen.

Grosse Tragweite entfaltet der Antrag Sieber nicht wegen seines Inhalts, sondern weil ihm eine unsorgfältige Güterabwägung zugrunde liegt. Er gefährdet die Reputation der Stadt Frauenfeld als attraktive Arbeitgeberin. Politisches Schaulaufen und Zeichensetzen mögen in einer Zeit dauererregter Gesellschaften reizvoll sein, verantwortungsbewusst ist es aber nicht. Es ist Ausdruck einer Geringschätzung aller, die sich für das Funktionieren und Fortkommen unserer Stadt einsetzen. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Frauenfeld danken, die mit engagiertem Handeln und beherzten Entscheiden dazu beitra-

gen, dass Frauenfeld als unser Wohn-, Arbeits- und Lebensraum aktiv und fortschrittlich bleibt – heute und morgen.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Vorweg etwas, was vermutlich meistens leider nur im Zusammenhang mit der Rechnung getan wird: Ich danke allen Mitarbeitenden der Stadt Frauenfeld herzlich für ihren Einsatz zugunsten der Stadt Frauenfeld. Und ich denke dabei an die Mitarbeitenden aller Stufen. Alle sind in ihrer Aufgabe wichtig. Nicht nur, aber auch die Kaderleute. Und ich denke dabei an Mitarbeitende, die täglich mit mehr oder weniger oder manchmal ganz wenig Begeisterung zur Arbeit gehen und diese trotzdem zuverlässig erledigen. Insbesondere denke ich aber auch an jene, die sich kritisch äussern und damit einen guten Beitrag zur gewünschten Kommunikationskultur und Verbesserungen leisten. Herzlichen Dank.

Gibt es Menschen, die keine Fehler machen? Nein. Weder bei den Mitarbeitenden noch bei den Kadern. Davon bin ich überzeugt. Es war sicherlich gut, dass das dem PUK-Antrag zugrundeliegende Thema aufgegriffen und entsprechend in den Geschäftsprüfungskommissionen diskutiert werden konnte. Dies geschah intensiv und es wurde dabei auch mit den betroffenen Führungskräften gesprochen. Es konnte dabei aber auch festgestellt werden, dass nicht etwas grundsätzlich faul ist und es sich nicht um ein systematisches Problem handelt. Auch der Stadtrat hat sich mehrmals mit den Einzelfällen auseinandergesetzt und unseres Erachtens geeignete zusätzliche Massnahmen ergriffen, zum Beispiel durch die Einsetzung von Movis. Diese Mitarbeitendenberatung beinhaltet eine professionelle und vertrauliche Beratung zu betrieblichen, persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und eingliederungsspezifischen Themen. Die Mitarbeitenden können sich telefonisch, online oder persönlich an eine Beraterin oder einen Berater per Movis-Standort wenden. Die Beratungen sind vertraulich und für Mitarbeitende kostenlos. Genau das meine ich damit, dass kritische Stimmen die Stadt vorwärtsbringen respektive vorwärtsgebracht haben. Merci aber auch für die Umsetzung. Dies ist zielführend und die viel bessere Massnahme als eine übertriebene und halb öffentliche Nachbearbeitung durch die PUK.

Natürlich gibt es Situationen, in denen Mitarbeitende hässig sind auf ihren Chef, insbesondere im Zusammenhang mit Reorganisationen. Die Anzahl der Meldungen bewegt sich unserer Meinung nach im normalen Bereich für einen Betrieb der Grösse der Stadt und ist somit kein Zeichen von systematischen Problemen und Unregelmässigkeiten. Unsere Mitglieder in den involvierten Geschäftsprüfungskommissionen gingen den Vorwürfen im Rahmen der GPKs vertieft nach und konnten sich dabei überzeugen, dass keine weitergehende Prüfung durch eine PUK notwendig ist. Es hat sich für sie gezeigt, dass die ordentlichen zur Verfügung stehenden und auch angewandten Instrumente vollauf genügen, um die im Raum stehenden Vorwürfe seriös abzuklären und nachzubearbeiten. Eine PUK als ausserordentliche Massnahme ist nur im äussersten Fall einzuberufen, nämlich wenn alle anderen Massnahmen zu keinem Erfolg kommen. Vorliegend konnte der Sachverhalt aufgearbeitet und die Konsequenzen daraus gezogen werden. Die Fraktion Die Mitte/EVP kann die Einschätzung der GPK-Mitglieder nachvollziehen und teilt ihre Meinung, auf die Einsetzung einer PUK zu verzichten. Wir sind einstimmig der Meinung, dass keine PUK eingesetzt werden soll.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im eigenen Namen:

Ich spreche im Namen des Vorstands des Personalverbands der Stadt Frauenfeld, dessen Präsident ich bin. Ja, es gibt sie, die Probleme. Und ja, es gibt unzufriedene Mitarbeitende. Aber ich kann auch klar sagen, es gibt auch zufriedene Mitarbeitende – und davon deutlich mehr. Auch wir haben uns im Vorstand mit dem Thema auseinandergesetzt, ob es sinnvoll sei, eine PUK einzusetzen, um die angesprochenen Missstände zu untersuchen. Davon raten wir aber klar ab, denn der Nutzen wäre aus unserer Sicht marginal, der Schaden aber gross.

Seit den ersten Anfragen von Gemeinderat Kurt F. Sieber an den Stadtrat ist vieles passiert. Der Stadtrat hat Massnahmen eingeleitet – zum Teil schon vorher beschlossene. Darunter auch eine Mitarbeitendenberatungsstelle, die seit Anfang Jahr aktiv ist. Diese hatte der Personalverband

übrigens schon vor Jahren gefordert, wie ich aus einem älteren Protokoll entnommen habe. Wir freuen uns umso mehr, dass diese jetzt besteht und eingeführt worden ist. Es wurde auch die Mitarbeitenumfrage neu aufgestellt und regelmässig durchgeführt. Und es wurden einige Baustellen als solche deklariert, die mit der neuen Amtschefin ab November umgesetzt werden sollen.

Der Personalverband wurde von den Personen, die sich bei Gemeinderat Sieber beschwert hatten, nie kontaktiert. Wir waren in diese Fälle zu keiner Zeit involviert. Es kommt aber immer mal wieder vor, dass Mitarbeitende mit kleineren oder grösseren Problemen und Anliegen zu uns kommen. Ich kann da zwar eine gewisse Richtung ablesen, aber es sind keine strafrechtlich relevanten Inputs. Was mir immer wieder auffällt ist, dass die Leute sich oftmals zu wenig ernstgenommen fühlen. Auch das haben wir heute schon gehört. Das ist unserer Meinung nach in den meisten Fällen ein Führungsproblem, das anzugehen wir dem Stadtrat hier ans Herz legen möchten. Von oben, aber auch von unten. Führungswshops auf allen Stufen und die klare Weisung, mit dem Unterstellten auf Augenhöhe zu kommunizieren und Inputs anzunehmen und wenn nötig weiterzuleiten, sollte ein permanentes Augenmerk des gesamten Stadtrats sein. Umstrukturierungen sind auch immer wieder ein Thema. Auch hier ist ein Miteinbezug aller Mitarbeitenden bis zur untersten Stufe notwendig. Es reicht nicht, wenn diese einfach mit den Tatsachen konfrontiert werden und diese nicht verstehen und nachvollziehen können. Wenn die Mitarbeitenden von Beginn weg informiert und mitgenommen werden, können sie sich eher auf die neue Situation einlassen und bringen ebenfalls gute Ideen ein. Das benötigt aber Zeit und Verständnis der vorgesetzten Personen. Und genau bei dieser Zeit sehen wir ein weiteres Problem. Da das Personalamt nur für die nötigsten Dinge Kapazität hat, landen viele Aufgaben bei den leitenden Vorgesetzten, für die sie zum Teil weder Zeit noch Ausbildung haben. Das ergibt dann zuweilen einen ganzen Rattenschwanz. Wir wünschen uns entsprechend die vom Stadtrat angesprochene Aufstockung des Personalamts, und ich plädiere schon mal an alle hier drin, dass dieses Geld und diese Stellen einen Nutzen für die gesamte Verwaltung und die Betriebe hätten. Denn diese dürfen nicht vergessengehen, sie sind nämlich genauso wichtig und ebenso gefährdet.

Auch als wichtig erachten wir, dass das vom Stadtrat beschriebene Austrittsgespräch tatsächlich geführt wird. Leider haben wir da anderslautende Informationen. Diese Gespräche sollten nach der tatsächlichen Durchführung beidseitig visiert und ans Personalamt und an die Vorgesetzten in der Linie zugestellt werden. Im Personalamt sollte dann entsprechend eine Liste mit Austrittsgründen geführt und jährlich dem Stadtrat unterbreitet werden.

Alles in allem möchten wir den Stadtrat motivieren, weiter am Thema Angestelltenzufriedenheit dranzubleiben – es gibt noch einige Baustellen. Wir empfehlen dem Gemeinderat aber auch, die PUK nicht einzusetzen, da es aus unserer Sicht nicht im Sinn des Gros der Angestellten wäre. Und wir danken dem Antragsteller für das Aufwerfen der Themen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen vielmals für die vielzähligen Voten, vor allem auch deshalb, weil alle Voten zum Ausdruck bringen, dass die Arbeit der Mitarbeitenden für die Stadt und in der Stadt wertgeschätzt wird. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich für diese Wertschätzung. Denn, und das denke ich, das darf ich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen sagen, das ist auch uns ein Anliegen und das ist auch Ihnen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ein grosses Anliegen, die Wertschätzung dessen, was die Mitarbeitenden – ob auf Kaderstufe oder auf Mitarbeitendenstufe – für die Stadt leisten, zum Ausdruck zu bringen.

Die PUK ist ein starkes Mittel und die Vorwürfe, die im Raum hängen, sind scharfes Geschütz. Deshalb hat auch ein Medienschaffender die Frage gestellt: Ist es ein Skandal oder ist es ein Sturm im Wasserglas? Es ist weder das Eine noch das Andere. Das Thema Stadtangestellte und wie es den Stadtangestellten geht, ist wichtig, auch für uns als Stadtrat. Es ist ein zentrales, und zwar nicht im Sinn davon, dass uns das im Weg steht, sondern in dem Sinn, dass der Erfolgsfak-

tor dessen, was wir als Stadt machen, die Mitarbeitenden sind, und zwar auf allen Stufen. Ihre Motivation, ihre Kompetenz, ihr Einsatz ist es, der uns vorwärtsbringt. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir das fördern können. Die Frage ist natürlich, wenn Probleme auftauchen, und solche gibt es, wie wir damit umgehen, wie wir sie nur schon wahrnehmen, wie sie zu uns kommen und wie wir darauf reagieren. Schon mehrfach haben wir aufgezeigt und auch in der Stellungnahme deutlich gemacht, dass wir hierfür in den vergangenen Jahren immer mehr Instrumente geschaffen haben, weil uns das eben wichtig ist. Wir haben das Teambarometer eingeführt, wir haben Movis eingeführt und wir haben schon seit längerem Prozesse, die die Personalarbeit unterstützen. Das Personalamt gibt es seit zehn Jahren, vorher gab es das nicht. Das Personalamt wurde in den vergangenen Jahren immer weiter aufgestockt, zuletzt auf dieses Jahr hin nochmals um 80 Stellenprozente. Sie sehen, immer wieder ist investiert worden und es soll auch investiert werden, es soll auch in Zukunft investiert werden. Das geht aber damit einher, dass in der Stadt an verschiedenen Orten auch sogenannte Change-Prozesse, Veränderungsprozesse notwendig sind. Nichts ist so beständig wie die Veränderung – Sie kennen den Spruch von Heraklit, und das gilt auch für die Stadtverwaltung. Sie bewegt sich, vielleicht nicht so schnell wie die Privatwirtschaft, aber dafür immer stetig und in eine Richtung. Das bedeutet, dass man sich immer neu anpassen und immer wieder neu organisieren muss. Diese Prozesse sind nicht einfach, weder für die Mitarbeitenden noch für die Führungspersonen. Und auch Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sind dann, wenn Sie das Budget oder die Rechnung anschauen, immer wieder irritiert darüber, wie es neue Zuordnungen gegeben hat, aber diese sind leider notwendig. Wir versuchen, das so gut wie möglich zu machen. Wir geben uns entsprechend auch Mühe, ohne Mühe damit zu haben, sondern im Sinn davon, wir setzen uns dafür auf allen Stufen ein. Es ist aber wichtig bei solchen Prozessen, dass wir dann auch Rückmeldungen bekommen. Gemeinderätin Lisa Badertscher hat es genannt, das gegenseitige Vertrauen, der gegenseitige Respekt. Den braucht es genau auch in diesen schwierigen Situationen, in diesen Veränderungssituationen, da muss man einander etwas sagen können und es muss gehört werden, es muss ernstgenommen werden. Es nützt wenig, wenn es nicht am richtigen Ort platziert wird, sondern wenn es über Umwege kommt.

Wir haben uns schon länger mit diesem Thema befasst. 2019 mit einer Frage, die noch nicht eingereicht wurde. Dann 2020 die einfache Anfrage, die entsprechende Beantwortung, die entsprechende persönliche Erklärung von Gemeinderat Kurt F. Sieber, mein persönliches Gespräch mit ihm am 10. Mai. Mir wurden dabei diverse Schreiben überreicht, ich habe sie dabei. Wenn Sie von Zahlen sprechen, das sind diejenigen Zahlen, die ich belegen kann. Es wurde mir zudem von einem Mitarbeitenden noch ein umfangreiches Schreiben gegeben und ich habe mit einem ehemaligen Mitarbeiter ein weiteres Gespräch geführt. Daraus setzt sich die Zahl sieben zusammen. Das ist das, was mir offiziell direkt zugestellt worden ist. Dass aber mehrere Personen in diesem Schreiben erwähnt sind oder dass weitere Meldungen direkt an Gemeinderat Kurt F. Sieber gegangen sind, ist durchaus möglich. Ich möchte diese Diskrepanz deshalb auch ungeklärt im Raum stehen lassen, denn diese Differenz kann und darf es geben. Wir können aber seitens Stadtrat nur auf das reagieren, was direkt zu uns kommt, denn, wie heisst es so schön, vom Hörensagen allein lernt man bekanntlich lügen. Wir brauchen Fakten, um mit unseren Mitarbeitenden und unseren Kaderpersonen ins Gespräch gehen zu können. Aufgrund von Mutmassungen, aufgrund von Gerüchten können wir keine Mitarbeitergespräche führen, die zum Ziel führen. Das wäre unfair, das machen wir nicht.

Wir wollen auf Vertrauen setzen. Es tut mir leid und ich höre das natürlich überhaupt nicht gern, wenn wir offenbar als Stadtrat nicht vertrauenswürdig genug sind. Das ist nicht etwas, was ich jetzt einfach dahersage, sondern ehrlich gesagt trifft mich das auch persönlich. Und ich kann auch sagen, meine Tür ist tatsächlich verschlossen, aber das heisst nicht, dass es dort nicht eine Klingel hätte. Es heisst nicht, dass man sich nicht an mich wenden könnte mit einem Mail. Ich bin, und das weiss jeder, der jemals schriftlich mit mir Kontakt gesucht hat, sehr schnell im Antworten und man bekommt bei mir sehr schnell einen Termin. Aber natürlich nur, wenn man mir auch vertraut, und es tut mir leid, dass das offenbar in einigen Fällen nicht der Fall ist. Wenn ich dazu einen Anlass gegeben haben sollte, dann entschuldige ich mich dafür. Ich hoffe aber, dass

wir mit diesem Zeichen zeigen, dass wir die Sache ernstnehmen. Den verschiedenen Meldungen, die uns bekannt sind, wurde nachgegangen.

Gemeinderat Christoph Tobler hat es gesagt, wir haben in den GPK-Sitzungen geantwortet, wir haben die Sache bearbeitet, wir haben auch Massnahmen beschlossen, wir haben auch von Massnahmen erzählt. Das, was in unserer Macht steht, meine ich getan zu haben.

Angesprochen wurden noch die Movis-Zahlen. Im ersten Halbjahr 2022 gab es offenbar 27 Personen, die sich gemeldet haben. Wir bekommen ja zum Glück die Namen nicht, das ist richtig so, es soll vertraulich sein. In elf Fällen waren es betriebliche Fragen, die gerichtet wurden. In zehn Fällen waren es gesundheitliche Fragen, in vier Fällen waren es persönliche und in zwei Fällen waren es finanzielle Themen. Diese 27 Personen betreffen alle Stufen, da hat es sowohl «normale Mitarbeitende» wie auch Kaderpersonen, die sich an Movis gewandt haben. Bei den betrieblichen Themen handelte es sich in acht Fällen um Konflikte, die dort besprochen wurden, und bei den gesundheitlichen Themen in sieben Fällen um psychische Belastungen. Auch diese Zahlen geben uns durchaus Anlass dazu, die Sache ernstzunehmen und hier auch mit der neuen Person, die ins Personalamt kommt, ins Gespräch zu gehen und entsprechende Massnahmen zu diskutieren, auch entsprechende Prozesse aufzugleisen.

Angesprochen wurde auch die Kultur, die wir prägen sollten. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, offen, tatkräftig und persönlich unterwegs zu sein. Das angesprochene Teambarometer, diese spezielle Form der Mitarbeiterumfrage auf Teamstufe dient genau dazu, diese Kultur weiter zu vertiefen und diese voranzubringen. Die Erfahrung von Mitarbeiterumfragen ist, dass sie zwar viele Zahlen generieren, wenn sie allgemein und über eine ganze Unternehmung hinweg gemacht werden, aber dass sie wenig konkret sind und im Alltag nicht fassbar. Das Teambarometer setzt beim Fassbaren im Alltag an. Dort, wo man direkt und auch selber etwas verändern kann. Das fordert auch einen selber, seine Umgebung, seinen Arbeitsplatz, seine Unternehmung mitzugestalten.

Von Pascal Frey wurde noch der Hinweis bezüglich der Austrittsgespräche gegeben. Sie finden in dem Prozess statt, den Gemeinderat Pascal Frey genannt hat, aber ich kann tatsächlich nicht die Hand ins Feuer legen, dass es in jedem Fall stattfindet. Das Personalamt fordert jeweils die betreffende Kaderperson auf, es zu machen und fordert nachher auch das Protokoll der Besprechung ein, hat aber keine Handhabe, um jemanden ein bisschen moralisch zu tadeln, etwas zu machen. Diesen Prozess möchte ich, das habe ich mir schon vorgenommen, mit der neuen Leiterin des Personalamts aufgreifen.

Dass es zu einer verstärkten Fluktuation kommt, wie Gemeinderat Kurt F. Sieber genannt hat, ist eine Feststellung, die ich nicht nur von der Stadt höre, die höre ich auch in anderen Betrieben. Die Gründe hierfür dürften sehr vielfältig sein. Ich kann im Zusammenhang mit den von ihm genannten Personen jedoch sagen, dass sie in den Fällen, die meiner Führung unterstanden, zumindest das, was mir gesagt wurde, nicht mit der Führung zusammenhängen. Aber eben, Sie wissen es, die Hand ins Feuer legen können wir allesamt nicht. Sie merken es, wir nehmen die Sache wirklich ernst, wir sind aber der Meinung, dass eine PUK ein deutlich zu scharfes Mittel ist, auch eine Administrativuntersuchung bringt hier nichts. Woran wir arbeiten müssen und was uns ein Anliegen ist, wieder Vertrauen zueinander zu gewinnen. Das ist das Wichtigste und das Zentrale.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag von Gemeinderat Kurt F. Sieber auf Einsetzung einer PUK «Stadtangestellte» wird mit 24 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

191

BOTSCHAFT NR. 40 «ÜBERFÜHRUNG VON LIEGENSCHAFTEN IM LANDKREDITKONTO IN DAS VERWALTUNGSVERMÖGEN UND DAS ORDENTLICHE FINANZVERMÖGEN DER STADT FRAUENFELD»

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Botschaft vom 19. Juli 2022 wurde am 21. Juli 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Wie schon in der Einleitung zur Sitzung erwähnt, liegt zu dieser Botschaft ein lachsfarbenes Papier der GPK Finanzen und Administration vor. Dieses bildet gemäss dem Geschäftsreglement für den Gemeinderat die Grundlage für unsere Beratung. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

EINTRETEN

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte) in Vertretung von Gemeinderat Elio Bohner, Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Mit der Botschaft Nr. 40 «Überführung von Liegenschaften im Landkreditkonto ins Verwaltungsvermögen und das ordentliche Finanzvermögen der Stadt Frauenfeld» liegt eine relativ technische, klare und mehrheitlich selbsterklärende Botschaft vor. Eine Folie zur Erklärung wurde während der Sitzung gereicht, der Stadtrat wurde gebeten, diese dem Gesamtgemeinderat vorab zugänglich zu machen.

Zum Eintreten erläuterten Stadtrat Elliker und Stadtpräsident Stokholm gemeinsam die Erforderlichkeit der Botschaft und bekräftigten dabei auch, aktive Liegenschaftspolitik gemäss Liegenschaftenstrategie zu betreiben. Dazu sei das Landkreditkonto da und müsse entsprechend auch über Platz verfügen. Vielmehr wurde daraufhin auch zum insofern unbestrittenen Eintreten nicht diskutiert. Einzig wurde die Absicht der Botschaft gelobt, wie zuvor mehrfach in der GPK bei anderer Gelegenheit geäussert respektive gefordert, dass die Stadt eine aktive Bodenpolitik betreibt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Gibt es zum Eintreten Voten aus den Fraktionen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich erteile nochmals Gemeinderat Beda Stähelin das Wort für das Votum zum materiellen.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte) in Vertretung von Gemeinderat Elio Bohner, Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: In dieser Phase kamen dann die beiden Fachexperten Christoph Anneler, Leiter Liegenschaftsverwaltung und Reto Angehrn, Leiter Finanzamt selbst zu Wort. Zunächst ging es um die Frage, inwiefern sich die Botschaft auf die aktuelle Rechnung auswirkt. Hierzu erklärte Reto Angehrn, dass einzig Abschreibungen linear über 33 respektive 40 Jahre anfallen, da die Berichtigungen jeweils bereits in den Vorjahren vorgenommen wurden und dort die Rechnung begünstigt hatten. Die Kosten der Abschreibungen betragen somit 70'855 Franken pro Jahr, welche direkten Einfluss auf die Erfolgsrechnung haben. Reto Angehrn erläuterte auch nochmals die genaue Zuordnung der drei Konten und die Erfassung der Objekte respektive deren Werte. Im Landkreditkonto ist der Anlagewert dementsprechend der ursprüngliche Kaufpreis, im Verwaltungsvermögen der neu bewertete Preis bei der Überführung, als würde das Objekt von einem Dritten gekauft. Im Landkreditkonto befinden sich derzeit nach Buchwert mehr als die veranschlagten 25 Mio. Franken, was gemäss Stadtrat Elliker dazu führte, die Überführungen in Angriff zu nehmen. Zu keinem der angeführten Objekte stehen derzeit Verhandlungen für eine Veräusserung an.

Danach wurde durch Reto Angehrn noch die Frage der verschiedenen Kompetenzen geklärt. So ist der Stadtrat dafür zuständig, eine nicht mehr für öffentliche Aufgaben benötigte Liegenschaft ins Finanzvermögen zu überführen, für den umgekehrten Weg muss eine Botschaft an den Gemeinderat erstellt werden. Stadtrat Andreas Elliker merkte auf eine entsprechende Frage hin an, dass Spielraum für aktive Bodenpolitik auch etwas Platz im Landkreditkonto benötige. Dazu würden das Finanzamt und die Liegenschaftenverwaltung regelmässig die Zuordnung von Objekten zum Landkreditkonto überprüfen. Stadtpräsident Anders Stokholm ergänzte hierzu, dass die Stadt nun aktive Liegenschaftspolitik sowie preisgünstiges Wohnen umsetzen wolle.

Einen Diskurs gab es noch zur operativen Kompetenz einer Zuordnung zum Verwaltungsvermögen. Hierbei ging es um die Zuordnung von Liegenschaften, welche für öffentliche Aufgaben genutzt werden. Zwei Vertreter der GPK sahen den Akt der Zuordnung bei der Exekutive und die Überprüfung der Reglementsconformität bei der Legislative. Einig war man sich dann letztendlich dabei, dass der Gemeinderat bei Bedarf politisch steuern kann, ob eine andere Nutzung angestrebt werden solle.

Zur Parzelle 50552 wurde dann erklärt, dass es sich um einen notwendigen Parkplatz zur Erbringung von Winter- und Pikettdienst handle.

Zur Parzelle 61937 führte Stadtrat Elliker aus, dass es innerhalb der Zone für militärische Bauten und Anlagen bestehende Privatvermietungen und Nutzungen gebe. Neue Baubewilligungen würden in dieser Zone aber nicht erteilt.

Zur Liegenschaft an der Oberwiesenstrasse 16 wurde informiert, dass aufgrund des Zustands und des entsprechenden Renovationsbedarfs preisgünstiges Wohnen nicht angebracht wäre. Da aber nur kurzfristig klar ist, wie die Liegenschaft genutzt werden soll, langfristig aber auch eine Gesamtplanung über die Parzellen 50530 und 50244 ins Auge gefasst werden kann, soll diese vorerst ins Finanzvermögen und nicht ins Verwaltungsvermögen überführt werden.

In der GPK ging es dann noch an die Beschlussfassung. Dabei wurden die ersten vier Anträge einstimmig angenommen. Zu Antrag 5 wurde ein lachsfarbenes Papier von der GPK beauftragt, um noch die Zahl zu korrigieren. Diese war in der Ursprungsfassung 130'000 Franken anstand 1'300'000 Franken. Der korrigierte Antrag wurde wiederum einstimmig angenommen. Somit empfiehlt Ihnen die GPK Finanzen und Administration einstimmig, die Vorlage gemäss angepasster Fassung anzunehmen.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Lange ging nicht viel auf dem Landkreditkonto, jetzt allerdings stellt sich wieder reges Treiben ein. Die Überführung der genannten Liegenschaften ist aus Sicht der FDP sinnvoll und reglementsconform. Zudem gibt es Luft im Landkreditkonto. Die ausgewählten Liegenschaften werden jetzt schon entweder aktiv von der Stadt genutzt oder wurden strategisch für eigene Zwecke ausgewählt. Da solche Liegenschaften ja somit eben auch in Zukunft nicht veräussert werden sollen, macht es hier Sinn, diese ins ordentliche Verwaltungs- oder Finanzvermögen zu übertragen. Bei einer Übertragung ins Finanzvermögen müssen langfristige Nutzungen für die Stadt angedacht sein. Bei der Oberwiesenstrasse ist das im Moment mit einer Wohneinheit über zwei Parzellen angedacht, wenn dann die Trafostation auf der Nachbarparzelle ihren Dienst getan hat. Zu beachten ist, dass in Zukunft aber die linearen Abschreibungskosten all dieser Liegenschaften auch die Jahresrechnung belasten werden. Mit der Annahme dieser Anträge folgen wir dem Reglement über die Bodenpolitik und verschaffen den Stadtrat wieder etwas mehr Spielraum im Zusammenhang mit strategischen Käufen oder Verkäufen. Dies sollte aber wirklich nur für strategisch wichtige und selbstgenutzte Liegenschaften geschehen. Die FDP vertritt weiterhin die Meinung, dass die Stadt nicht zu stark in den Immobilienmarkt eingreifen soll. Die zuständige GPK hat den Anträgen einstimmig zugestimmt und zudem mit dem lachsfarbenen Papier auch noch die fehlende Null gefunden, auf eine Vermisstenanzeige kann somit also verzichtet werden. Die Fraktion FDP stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Botschaft Nr. 40 zur Überführung von Liegenschaften im Landkreditkonto in das Verwaltungsvermögen und das ordentliche Finanzvermögen der Stadt Frauenfeld hat bei uns zu einigen Diskussionen geführt. Fraglich war bei uns in der Fraktion vor allem, inwiefern dem Stadtrat mehr Freiheiten gewährt werden. Unklar war vorerst vor allem die Definition und damit verbunden die Rechte des Stadtrats. Hier wäre es allenfalls hilfreich gewesen, dies in der Botschaft klar und abschliessend zu erläutern. Grossmehrheitlich sind wir hier zum Schluss gelangt, dass dem Stadtrat nicht wesentlich mehr Handlungsspielraum zufällt, da vor allem die Übertragung der Liegenschaft in das Finanzvermögen mit einem Betrag von 1.3 Mio. Franken bei einem allfälligen Verkauf der Zustimmung des Gemeinderats unterliegt. Wäre diese Liegenschaft im Landkreditkonto verblieben, wäre dies nicht der Fall. Unklar waren zunächst auch die finanziellen Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung, diese wurden allerdings in der GPK erläutert und abschliessend erklärt. Auch hier wäre wiederum eine proaktive Information sicherlich wünschenswert gewesen. Nach Klärung aller Unsicherheiten stimmt unsere Fraktion allen Anträgen grossmehrheitlich zu.

Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: In unserer Fraktion war dieses Geschäft unumstritten. Unsere Nachfragen zu einzelnen Liegenschaften und deren Funktionen und deren Nutzung wurden in der GPK zufriedenstellend geklärt. Die aktuelle Überführung oder eher Bereinigung wurde angegangen, da das Landkreditkonto fast die maximale Höhe erreicht hat. Oder zumindest wurde dies so impliziert. Ist es richtig, so unsere Nachfrage, dass der Bestand dieses Kontos der Grund für die Bereinigung war? Wenn ja, wie hoch ist aktuell der Stand dieses Kontos? Das wurde unserer Meinung nach noch zu wenig deutlich erklärt. Vielen Dank für eine kurze Erklärung dazu. Wir möchten grundsätzlich noch anregen, dass man diese Klassifikationen in Zukunft periodisch überprüft und nicht erst, wenn man unter Zugzwang ist. Vor allem in Bezug auf eine Überführung ins Verwaltungsvermögen macht ein zeitnahes Vorgehen Sinn, um die Abschreibungen entsprechend berücksichtigen zu können. Wir werden allen Anträgen zustimmen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat für die genannte Botschaft. Wir begrüssen, dass der Stadtrat eine aktive Liegenschaftenpolitik betreibt und im Sinn der Liegenschaftsstrategie eine Bereinigung des Landkreditkontos vornimmt. Die Überführung der Parzelle 50552 Eisenwerkstrasse, der Parzelle 61937 Waffenplatzstrasse 16b, der Parzelle 70995 Gerlikon/Ilfängli und der Fünfstübliwohnung Parzelle 767 Walzmühlestrasse 26 vom Landkreditkonto in das Verwaltungsvermögen erscheinen sinnvoll. Besonders positiv fällt auf, dass der Stadtrat mit dem Kauf einer Wohnung an der Walzmühlestrasse 26 preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Die Überführung vom Landkreditkonto in das ordentliche Finanzvermögen von Parzelle 50530 Oberwiesenstrasse 16 erscheint uns ebenfalls angebracht. Die Fraktion CH/GP/GLP wird allen Anträgen zustimmen.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Gegenstand der vorliegenden Botschaft bildet die Überführung von fünf Liegenschaften aus dem Landkreditkonto ins Verwaltungsvermögen bzw. ins ordentliche Finanzvermögen. Das Landkreditkonto soll dadurch bereinigt werden. Dieser Vorgang ist so im Grundsatz in Art. 6 des Reglements über die Bodenpolitik vorgesehen und macht objektiv auch Sinn. Mit dem Landkreditkonto verfügt der Stadtrat über ein Instrument, das es ihm erlaubt, mit einer gewissen Flexibilität auf dem Immobilienmarkt im Sinn der Stadt aktiv zu sein. Wenn Grundstücke, die tatsächlich dem Verwaltungsvermögen oder dem ordentlichen Finanzvermögen zuzuordnen sind, über Jahre oder sogar Jahrzehnte im Landkreditkonto gehortet werden, wird diese Flexibilität eingeschränkt, was nicht im Sinn der Sache ist und auch nicht der Absicht des Gesetzgebers entspricht.

Was nun die einzelnen Zuweisungen anbelangt, halten sich die Ausführungen in der Botschaft in Grenzen. Die entsprechenden Planungen und Absichten, gerade was die Transfers ins Verwal-

tungsvermögen anbelangt, sind uns nur teilweise bekannt. Insgesamt erscheinen die vorgesehenen Überführungen aber als sachgerecht, wobei wir auch davon ausgehen, dass auch der Stadtrat nicht an einer unnötigen Aufblähung des Verwaltungsvermögens interessiert ist. Falls angezeigt, kann im Übrigen zu einem späteren Zeitpunkt auch wieder eine Entwidmung sprich eine Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen erfolgen. Vor diesem Hintergrund ist die vorgesehene Bereinigung des Landkreditkontos und die damit verbundene Schaffung bzw. Erhaltung für eine aktive, aber bedachte Bodenpolitik unseres Erachtens richtig und sinnvoll. Dass damit neue Abschreibungen im Verwaltungsvermögen einhergehen, mag unschön sein, ist aber eine zwangsläufige Folge. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird sämtlichen Anträgen gemäss Botschaft und lachsfarbenem Papier der GPK zustimmen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich danke Ihnen für die Rückmeldungen zur Botschaft Bereinigung des Landkreditkontos. Wir machen unsere Arbeit. Das Landkreditkonto ist seit 2020 beim städtischen Hochbauamt. Wir haben die Liegenschaftenstrategie verabschiedet und im Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Wir wissen, was unser Job ist, daher machen wir auch eine periodische Überprüfung von Liegenschaften. Der Liegenschaftensmarkt ist ein Markt, der immer ein bisschen in Bewegung ist und die Preise im Liegenschaftensmarkt sind in den letzten Jahren stark angestiegen, da auch Frauenfeld ein attraktiver Standort ist. Dadurch ist es wichtig zu klären, welche Liegenschaften im Landkreditkonto Sinn machen und welche nicht. Dann ist es auch so, dass Liegenschaften angrenzend an Liegenschaften im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen sind und dementsprechend Gesamtanschauungen vorgenommen werden, wie man sie einteilt. Die Eisenwerkstrasse zum Beispiel ist seit 1989 im Landkreditkonto und ist benachbart zur Liegenschaft aus dem Verwaltungsvermögen beim Stadtbusdepot an der Gaswerkstrasse. Bei der Oberwiesenstrasse wurde dies schon ausgeführt.

Das Landkreditkonto ist klar, diese Frage kommt jedes Mal, wenn es ums Landkreditkonto geht. Wenn man Liegenschaftengeschäfte machen möchte, ich verstehe Ihre Nachfrage, ich würde sie als Gemeinderat auch stellen, ist es wichtig, dass man vertrauensvolle und einvernehmliche Verhandlungsbasis hat. Damit Geschäfte zustande kommen können, muss man gewisse Versprechungen eingehen. Darum werde ich aufgrund eines gewissen Kaufs im Landkreditkonto zum Kontostand des Landkreditkontos heute nichts sagen. Sie sehen das mit der Rechnung 2022. Das haben wir auch schon in der Einfachen Anfrage von Gemeinderat Leuthold beantwortet und wir halten uns an dieses Wording und an dieses Wort. Das ist ganz wichtig. Aber der Stadtrat hat Verständnis für diese Nachfrage der SP-Fraktion.

Ich wurde in der GPK auch zur periodischen Überprüfung gefragt, der Stadtpräsident ebenfalls. Das wissen wir und wir haben eine Antwort gegeben. Es kann sein, dass es dieses Jahr kommen wird, es kann sein, dass es in zwei, drei oder fünf Jahren kommen wird. Das kommt auf das Geschäft an. Das sind wir uns auch bewusst. Aber das Landkreditkonto muss sorgfältig behandelt werden und es muss auch sorgfältig geprüft werden, welche Liegenschaften für die Stadt zu kaufen Sinn machen und welche nicht. Das machen wir und wir haben auch jetzt unseren Job gemacht. Das ist das erste Mal seit Langem, dass wir als Stadtrat eine Bereinigung machen. Das wollen wir sicher jährlich mit dem Finanzchef zusammen mit dem Departement Bau und Verkehr prüfen, ob wir etwas machen sollen oder nicht. Aber wir können auch voreilig etwas machen, dann müssen wir wieder die anderen Wege einschlagen, wie es beim Landkreditkonto geht. Es wurde schon x-fach erwähnt, ich will das nicht wiederholen.

Ein Anliegen habe ich trotzdem noch, was ich Ihnen mitgeben möchte, und schauen Sie das nicht als Belehrung an. Es geht mir darum, weil es wichtig ist, dass man das versteht. Im Landkreditkonto werden die Anlagewerte geführt. Das ist der Kaufwert der Liegenschaft. Diese Liegenschaften werden zwischendurch frisch bewertet, dadurch gibt es einen Buchwert. Der Anlagewert des Landkreditkontos ist tiefer als der Buchwert des Landkreditkontos. Ende 2021 war der Buchwert 34 Mio. Franken, behaften Sie mich nicht darauf. Der Anlagewert zum Beispiel bei einer Verwaltungsliegenschaft ist 1.319 Mio. Franken. Dieser wird im Landkreditkonto frei und der Buchwert in der Stadt Frauenfeld steigt um knapp 2.5 Mio. Franken. Das steht in den Anträ-

gen so, nur ist es mir wichtig, das noch einmal zu erläutern, weil das nicht immer ganz einfach zu verstehen ist. Dafür habe ich Verständnis, ich war genug lang in Ihren Reihen, wie das ist, wenn man ein solches Geschäft auf den Tisch bekommt. Wir haben im Hochbauamt und im Stadtrat jetzt mehrfach damit zu tun. Ich danke Ihnen für das wohlwollende Entgegennehmen der Botschaft und für Ihre grossmehrheitliche Zustimmung.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag 1 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 2 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 3 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 4 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Der folgende Antrag 5 gemäss lachsfarbenem Papier der GPK Finanzen und Administration wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen:

«Die Parzelle 50530, Oberwiesenstrasse 16, ist vom Landkreditkonto in das ordentliche Finanzvermögen zu überführen. Das Landkreditkonto wird entsprechend dem Anlagewert um 1'300'000 Franken entlastet. Im Vermögen der Stadt wird die Liegenschaft neu zum Buchwert von 1'300'00 Franken geführt. Die Überführung wird kreditrechtlich als Verkauf (Landkreditkonto) und Kauf (über die Investitionsrechnung) dargestellt und im Anhang zur Jahresrechnung ausgewiesen.»

Der Antrag 6 gemäss Botschaft wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Zu Antrag 5 kann gemäss Art. 32 bzw. Art. 11 der Gemeindeordnung das Behördenreferendum ergriffen werden. Wünscht jemand das Behördenreferendum? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Weiter unterliegt Antrag 5 auch dem fakultativen Referendum gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung. Die diesbezügliche Frist beginnt am 6. Oktober 2022 und endet am 21. November 2022.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten.

An der heutigen Sitzung wurde von den Gemeinderäten Priska Brenner-Braun, Roman Fischer, Stefan Leuthold und Susanne Weibel Hugentobler eine Einfache Anfrage mit dem Titel «Massnahmen zur Abfederung der Teuerung für Menschen in finanziellen Notlagen» eingereicht.

Wie schon angekündigt, findet im Anschluss an die Sitzung die Information von Stadtrat Andreas Elliker unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit statt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 16. November 2022 um 18:00 Uhr statt.

Ich danke Giuseppe D'Alelio und dem Team der Stadtkanzlei für die Unterstützung und Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Die Gemeinderatssitzung erkläre ich hiermit für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:35 Uhr
